



Vereinigte Stimme der Roma
in Deutschland
Für die Zukunft Europa

Am Leinekanal 4 – Eingang B
37073 Göttingen
mail@bundesromaverband.de
www.bundesromaverband.de

Sichere Herkunftsländer? Ein Schlag ins Gesicht für verfolgte Roma.

Am 19. September wird im Bundesrat über eine Änderung des Asylgesetzes entschieden, die unter anderem Serbien, Bosnien Herzegowina und Mazedonien zu sogenannten »sicheren« Herkunftsländern machen möchte.

Wir haben in den vergangenen Jahren unzählige Stellungnahmen, Berichte und Interviews veröffentlicht, die belegen, dass es kein sicheres Leben für Roma in diesen Ländern gibt – und auch keine Perspektive darauf. Aus humanitären und politischen Gründen sollte den Menschen Schutz vor Ausgrenzung, Verfolgung und sozialer Not geboten werden.

Die Gesetzesänderung feuert hier wie dort Stimmen gegen »Sozialschmarotzer« an. Dabei wäre grade das Gegenteil notwendig: den Menschen, die hierher geflohen sind und fliehen, die zum Teil schon seit Jahren hier leben oder sich aktuell auf die Suche nach einem menschenwürdiges Leben machen genau diese Perspektiven zu bieten. Wir fordern eine umfassende Bleiberechtsregelung und einen Stopp der Politik, die rassistischer Hetze Vorschub gibt.

Gerade in Deutschland sollte die Rede von historischer Verantwortung ernst genommen werden – was bedeuten würde denjenigen, die strukturell ausgeschlossen und benachteiligt werden Chancen zu geben anstatt den Ausschluss zu wiederholen und immer weiter zu zementieren.

Unterzeichner/innen:

Bundes Roma Verband e. V.
AK Asyl Göttingen
Bayerischer Flüchtlingsrat / Bavarian Refugee Council Dr. Stephan Dünnwald
Annette Hauschild, Fotografin, Berlin

BAG Prekäre Lebenslagen
Diakonisches Werk / Ev.luth. Kirchenkreis Holzminden - Bodenwerder
Braunschweiger AIDS-Hilfe e.V.
Dr. Udo Engbring-Romang
Oscar von Ewald
Frauenverband Courage Essen
Georgel Caldararu, Der Paria. Politik von unten!
Anabel Jujol, Ratsfrau für die Fraktion PARTEI-Piraten im Rat der Stadt Essen
Prof. Dr. Wilhelm Solms für die Gesellschaft für Antiziganismusforschung e. V.
Initiative Grenzen_weg von der Alice Salomon Hochschule Berlin
Initiative with WINGS and ROOTS
Interkulturelles Solidaritätszentrum Essen e.V. / Anti-Rassismus-Telefon
Medibüro Hamburg
Flüchtlingsrat Hamburg e.V.
Flüchtlingsrat Thüringen e.V.
Kai Weber, Flüchtlingsrat Niedersachsen
Förderverein internationales Fluchtmuseum e. V.
GGUA Flüchtlingshilfe e.V.
Göttinger Linke Ratsfraktion
GRÜNE JUGEND Göttingen
die Landesflüchtlingsräte
Naturfreundejugend Berlin
Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben in Deutschland e.V. – ISL
Inka Jatta (Geschäftsführung) ProAsyl/Flüchtlingsrat Essen e.V.
Hilke Rusch, Berlin
Filiz Demirova, Der Paria. Politik von unten!
Miriam Edding, Stiftung :do
Netzwerk kritische Migrations- und Grenzregimeforschung
Rita Krüger, Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutin
Jasna Causevic, Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV)
Internationale Liga für Menschenrechte (ILMR)
Saip Asanovski, Roma Union Grenzland e.V.
Ökum. Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche e.V.
RAA Berlin e.V.
Rechtsanwalt Ünal Zeran
Roma Center Göttingen e.V.
Wakti Romano e.V.
Romano Drom e.V.
RomaTrial e.V.
IniRromnja
Roma Aether Klub Theater
Roma Informations Centrum e.V.
Roma Initiative Thüringen
Roma Initiative Hamburg
Dirk Vogelskamp | Komitee für Grundrechte und Demokratie
Women in Exile & Friends
Tilman Zülch, Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV)
ZBBS (Zentrale Bildungs- und Beratungsstelle für Migranten in Schleswig-Holstein e.V.)

Für Roma ist kein Staat sicher Reisegruppe stimmt gegen den Koalitionsvertrag

In ihrem Koalitionsvertrag planen CDU, CSU und SPD die Wege für Roma aus Südosteuropa nach Deutschland noch schwerer zu machen. Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina sollen als „sichere Herkunftsstaaten“ deklariert werden. Das bedeutet verschärfte Massenabschiebungen von schutzsuchenden Roma. Denn sie machen eine große Zahl der Flüchtlinge aus – jene Menschen, die seit Jahrhunderten als »Zigeuner« verfolgt werden. Die Abschottungs-Politik von CDU, CSU und SPD trifft die Nachkommen derer, die von den Deutschen während des Nationalsozialismus vernichtet wurden.

Die aktuellen rassistischen Diskriminierungen gegen Roma in Südosteuropa sind seit Jahren bekannt: Offizielle Berichte, wie der des Komitee zur Beseitigung rassistischer Diskriminierung der Vereinten Nationen (1) oder des Menschenrechtskommissars des Europarats (2), sowie zahlreiche Berichte von NGOs (3) belegen die systematische Ausgrenzung der Roma, die eine lebensbedrohliche Armut zur Folge hat.

Erst im Juni 2013 überzeugten wir uns mit einer Reisegruppe aus Anwälten, Journalisten und NGO-Vertretern aus Deutschland, Belgien und Luxemburg in Serbien von der aktuellen Lage der Roma: Wir haben erfahren, dass Roma in Serbien derzeit massiv ausgegrenzt werden, in verschiedenen Bereichen: bei der Gesundheitsversorgung, der Bildung, dem Zugang zum Arbeitsmarkt und selbst bei der Existenzsicherung auf niedrigstem Niveau durch Müllverwertung.

Zum 1. Dezember 2013 wurde durch eine Änderung des deutschen Asylverfahrensgesetzes klargestellt, dass auch eine Kumulierung unterschiedlicher Maßnahmen politische Verfolgung darstellen kann: Maßnahmen, die so gravierend sind, dass eine Person davon in ähnlicher Weise wie von einer schwerwiegenden Verletzung der grundlegenden Menschenrechte betroffen ist.

Es drängt sich geradezu auf, dass Roma in Serbien genau dieser Verschränkung unterschiedlicher Diskriminierungen ausgesetzt sind. Die Diskussion in Justiz und Rechtswissenschaft darüber steht erst am Anfang – und diese Diskussion will die kommende Bundesregierung brutal abwürgen indem Serbien (und andere Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien mit ähnlichen Verhältnissen für Roma) zum sicheren Herkunftsstaat erklärt wird.

Das wäre ein weiterer Schritt, die offiziell bekannte schlimme Lage der Roma in Südosteuropa zu ignorieren. Es hieße: Asylanträge aus diesen Ländern würde pauschal als »offensichtlich unbegründet« abgelehnt. Es wäre ein weiterer Schritt, nachdem Deutschland die Bearbeitung von Asylverfahren für Menschen aus diesen Ländern bereits beschleunigt hatte. Das ist beschämend, und es ist doppelt beschämend, dass diese Einschränkung des Asylrechts Nachkommen der Verfolgten des nationalsozialistischen Völkermords treffen soll.

Das haben wir im Juni 2013 auf unserer Recherche-Reise gesehen:

Wir haben auf unserer Reise durch Serbien Anfang Juni 2013 unter den dort lebenden Roma viele Menschen kennengelernt, die uns von massiven sozialen Diskriminierungen berichtet haben: Wir haben informelle Siedlungen gesehen, deren »Häuser« nur aus Sperrmüll und Pappe bestanden. Wir haben städtische Roma-Siedlungen gesehen, die seit Jahren nicht ans öffentliche Abwassernetz angeschlossen werden. Immer wieder wurde uns über die Verweigerung der Zuzahlungsbefreiung von Medikamenten für chronisch Kranke berichtet – ein sozialrechtliches Detail von oft

lebensbedrohlicher Bedeutung. Wir haben gesehen wie durch eine aufwändige und kostenintensive flächendeckende Versiegelung der öffentlichen Abfalleimer in Belgrad Müllsammelnden ihre Lebensgrundlage entzogen wird.

Wir haben erfahren, dass ein Teil einer von uns besuchten Siedlung wenige Wochen vor unserem Besuch mit Bulldozern unter Polizeibewachung geräumt und zerstört wurde. Gegenüber den Medien wurde dies von der Stadtverwaltung als Räumung einer illegalen Müllkippe dargestellt.

Wir haben erfahren, dass Roma im öffentlichen Dienst völlig unterrepräsentiert sind – ihr Anteil dort entspricht gerade einem Zehntel ihres Bevölkerungsanteils – und dass qualifizierte Roma einfach nicht eingestellt werden.

Uns haben Menschen davon berichtet, das sie immer wieder – weil sie als Roma identifiziert wurden – körperlichen Angriffen und Beleidigungen bei rassistischen Übergriffen ausgesetzt sind, und dass eine polizeiliche Strafverfolgung praktisch nicht stattfindet. Wir haben Menschen kennengelernt, die uns anfangs eher beiläufig von dem während der Nazi-Besatzung nach Deutschland verschleppten Großvater erzählten, der nie eine Entschädigung erhielt.

Wir haben mit dem Leiter der Behörde gesprochen, die für die Wiedereingliederung der Abgeschobenen zuständig ist. Wir haben erlebt, wie er uns vor laufender Kamera versicherte, in Serbien müsse kein Rückkehrer in Wäldern oder unter Brücken schlafen. Nur wenige Stunden später wurde uns beim Besuch der informellen Siedlung Vidikovac am Stadtrand von Belgrad bewusst, dass dies in einem sehr zynischen Sinne sogar stimmte: Vidikovac besteht aus »Häusern« aus Sperrmüll und Pappe und steht nicht im Wald oder unter einer Brücke, sondern am Rande eines offenen Feldes. Viele Menschen dort sprechen fließend deutsch: Sie sind jahrelang in Deutschland gewesen, dort geboren und aufgewachsen.

Immer wieder wurde uns berichtet, dass Kinder von Roma sich Bücher und Kleidung nicht leisten können und sie so mit einem subtilen Gemisch aus wirtschaftlicher Ausgrenzung und Rassismus aus dem Schulsystem ausgegrenzt werden.

Die Mitglieder der Recherchegruppe sprechen sich entschieden gegen das Vorhaben von SPD und Unionsparteien aus, Serbien, Mazedonien und Bosnien zu sicheren Herkunftsländern zu erklären.

Wir fordern ein Bleiberecht für Roma in Deutschland aus historischer Verantwortung. Serbien ist für Roma kein sicherer Herkunftsstaat.

1) United Nations/Committee on the Elimination of Racial Discrimination (CERD) 2011: Seventy-eighth session 14 February – 11 March 2011 Consideration of reports submitted by States parties under article 9 of the Convention Concluding observations of the Committee on the Elimination of Racial Discrimination. Verfügbar unter: http://www2.ohchr.org/english/bodies/cerd/docs/co/Serbia_AUV.pdf

2) Commissioner for Human Rights 2011: Report by Thomas Hammarberg, Commissioner for Human Rights of the Council of Europe, following his visit to Serbia on 12-15 June 2011, Straßburg. Verfügbar unter: <https://wcd.coe.int/ViewDoc.jspid=1834869&Site=CommDH&BackColorInternet=FEC65B&BackColorIntranet=FEC65B&BackColorLogged=FFC679>

3) u.a.: Pro Asyl 2012: Serbien – ein sicherer Herkunftsstaat von Asylsuchenden in Deutschland? Eine Auswertung von Quellen zur Menschenrechtssituation von Dr. Karin Waringo. Verfügbar unter: http://www.proasyl.de/fileadmin/proasyl/Serbien_kein_sicherer_Herkunftsstaat.pdf

Berichterstattung über Recherchereise

“Überall ausgeschlossen“

Recherchegruppe hat abgeschobene Roma-Flüchtlinge in Serbien besucht

http://www.weser-kurier.de/bremen/stadtteile_artikel,-Recherche-Roma-sind-ueberall-ausgeschlossen-_arid,723438.html

“Ich war erschüttert“ Interview mit Andrea Vogel, Internistin, Klinikum Bremen

Mitte “Roma werden instrumentalisiert“ Interview mit Kenan Emini, alle bleiben! “In

Vidikovac spricht man deutsch“ Am Rande Belgrads wohnen Roma-Familien in Slum-

Hütten. Viele wurden aus Deutschland abgeschoben. Manche sind dort geboren: “Aus

Hamburg in die Berge“ Familie M. wurde aus Hamburg-Groß Borstel abgeschoben.

Abschiebungen nach Serbien, Einleitung: Erster Eindruck der Recherchereise [http://](http://alle-bleiben.info/recherchereise-bestatigt-die-extrem-schwierige-situation-vieler-abgeschobener/)

[alle-bleiben.info/recherchereise-bestatigt-die-extrem-schwierige-situation-vieler-](http://alle-bleiben.info/recherchereise-bestatigt-die-extrem-schwierige-situation-vieler-abgeschobener/)

[abgeschobener/](http://alle-bleiben.info/recherchereise-bestatigt-die-extrem-schwierige-situation-vieler-abgeschobener/)

<http://alle-bleiben.info/isabell-und-martin/>

Fotos der Reise auch im Jahresheft der Flüchtlingsräte:

<http://biq.fluechtlingsrat-bw.de/files/Dateien/Dokumente/INFOS%20-%20>

[Publikationen/Rundbrief/2013-3/2013-3%20Rundbrief%20Fluechtlingsrat%20BW.pdf](http://biq.fluechtlingsrat-bw.de/files/Dateien/Dokumente/INFOS%20-%20Publikationen/Rundbrief/2013-3/2013-3%20Rundbrief%20Fluechtlingsrat%20BW.pdf)

Erläuterung

Im Koalitionsvertrag wird für die nächsten vier Jahre unmissverständlich vorgegeben:

»Wir wollen die Westbalkanstaaten Bosnien und Herzegowina, EJR Mazedonien und Serbien als sichere Herkunftsstaaten im Sinne von § 29a Asylverfahrensgesetz einstufen, um aussichtslose Asylanträge von Angehörigen dieser Staaten schneller bearbeiten und ihren Aufenthalt in Deutschland schneller beenden zu können.

Wir wollen uns zugleich gegenüber den Regierungen dieser Staaten und der EU-Kommission dafür einsetzen, rasche und nachhaltige Schritte zur Verbesserung der Lebenssituation vor Ort zu ergreifen.«

(Seite 109, http://www.spd.de/linkableblob/112790/data/20131127_koalitionsvertrag

Sicherer Herkunftsstaat bedeutet, dass alle Asylanträge von Flüchtlingen aus einem

solchen Staat »als offensichtlich unbegründet abzulehnen [sind], es sei denn, die

von dem Ausländer angegebenen Tatsachen oder Beweismittel begründen die

Annahme, dass ihm abweichend von der allgemeinen Lage im Herkunftsstaat politische

Verfolgung droht.« (§ 29 Abs. 1 Asylverfahrensgesetz)

<http://alle-bleiben.info/fuer-roma-ist-kein-staat-sicher-reisegruppe-stimmt-gegen-den-koalitionsvertrag/>

Serbien zum „sicheren Staat“ erklärt Protest vor dem Bundesrat wegen Änderung des Asylgesetzes Belgrad, 12. 07. 2014

Anlässlich der für Freitag den 11. Juli erwarteten Verhandlungen des Bundesrates über die Änderung des Asylgesetzes fand vor dem Bundesratsgebäude eine Protestveranstaltung statt. Die Versammelten riefen die Abgeordneten der Länder zur Blockade eines neuen Gesetzes auf, das Serbien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien zu sicheren Herkunftsländern erklärt.

Mit dem 2012 lancierten Diskurs über die sogenannten Scheinasylanten aus Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina hat die deutsche Rechte mit Innenminister Friedrich das Terrain für ein neue Gesetz vorbereitet, das schwere Folgen für Opfer von rassistischer Gewalt in diesen Ländern haben wird. Zur Zeit wird im deutschen Parlament eine Änderung des Asylgesetzes verhandelt, nach der Serbien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien zukünftig zu den „sicheren Staaten“ zählen sollen. Die deutsche Regierung hatte diese Länder bereits im April diesen Jahres für sicher erklärt. Dass Diskriminierung aufgrund ihrer nationalen Zugehörigkeit für in Serbien, Mazedonien oder Bosnien-Herzegowina lebende Roma zum Alltag gehört, belegen die Ergebnisse einer grossen Anzahl von Studien, die jedes Jahr im Auftrag internationaler Institutionen wie der OSZE, UNHCR und der Europäischen Kommission durchgeführt werden. Struktureller Rassismus verhindert die Ausübung grundlegender Rechte, wie kürzlich in einem Gerichtsverfahren wegen diskriminierendem Verhalten eines Organs der Stadtverwaltung von Novi Sad in Serbien bewiesen werden konnte.

Demnach hatte es die Stadtverwaltung im Jahre 2008 abgelehnt, drei Personen mit der Roma-Hintergrund nachträglich ins Geburtenregister einzutragen. Die Organisation für Rechtshilfe Praxis reicht Klage wegen Diskriminierung ein und im Gerichtsurteil des Grundgerichts Novi Sad vom 12. September 2011 wurde Diskriminierung festgestellt. Obwohl das Urteil, wie in der Studie „Protecting Roma Against Discrimination“ der Organisation Praxis angeführt wird, „auf eindeutige Weise das [diskriminierende] Verhalten einzelner Organe gegenüber Personen mit Roma-Hintergrund bewiesen hat, wurden die Personen auch weiterhin nicht ins Geburtenregister eingetragen, da über ihre Rechte wieder derjenige Beamte entschied, der in seiner Begründung der Ablehnung des Antrags auf nachträgliche Eintragung diskriminierende Ausführungen gemacht hatte.“

Dieser Fall macht etwas deutlich, was jede Bürgerin und jeder Bürger Serbiens aus eigener Alltagserfahrung bestätigen würde: Gesetze, die den Normalbürger schützen sollten, stellen in der Praxis „tote Buchstaben auf dem Papier“ dar. Die Antidiskriminierungsgesetze, die Serbien und andere Länder in den letzten Jahren unter dem Druck der internationalen Institutionen eingeführt haben, garantieren in der Praxis nicht die Achtung der Menschenrechte und Grundrechte der Roma und anderer Minderheiten in Serbien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien.

Unsicher fühlen sich die Bürgerinnen und Bürger in diesen in naher Zukunft angeblich „sicheren Staaten“ auch aufgrund von anderen Formen von Diskriminierung: wie in der oben erwähnten Studie angeführt wird, werden Romnja und Roma auch aufgrund von Armut oder Geschlecht diskriminiert. Nach der aktuellen Studie des „Public Policy Research Center“ betrachten Roma ihre schlechte wirtschaftliche Lage als größte Bedrohung. Nach Angabe der Nationalen Verbraucherorganisation Serbiens benötigt eine durchschnittliche Familie für Lebensmittel und laufende Kosten täglich zwischen

2.000 und 2.500 RSD; dabei sei in nur zwei Jahren die durchschnittliche Supermarkt-Rechnung von 600 auf 300 RSD gefallen. Darüber hinaus ist für dieses Jahr eine Strompreiserhöhung um 45% angekündigt. Zum Vergleich ist interessant, dass diesen Sommer der Tageslohn für die Obsternte, einer Saisonarbeit, der viele Roma nachgehen, zwischen 1.200 und 2.000 RSD liegt, was zur Zeit etwa 10-17€ entspricht. Eine Studie von UNICEF vom Anfang des Jahres weist auf die Vergrößerung des Unterschieds zwischen den Lebensumständen und der materiellen Stellung von Kindern aus Roma-Siedlungen und dem nationalen Durchschnitt hin.

Nach Jahrzehnten unkontrollierter Privatisierung, die zur völligen Vernichtung der Unternehmen in Staats- und Gemeineigentum zugunsten der persönlichen Bereicherung einzelner in- und ausländischer Politiker und Businessismen geführt hat, hat Serbien heute kein Potential für das Anschieben der Produktion und das Schaffen von Arbeitsplätzen. Diese ökonomische Misere trifft die gesamte Bevölkerung Serbiens. Die Roma-Bevölkerung jedoch, die ans untere Ende der Gesellschaft gedrängt ist, bekommt den Fall des Lebensstandards am meisten zu spüren und mit ihm den wachsenden Hass und die Frustration, die sich unter den Menschen verbreitet. Als Folge der Verschärfung gesellschaftlicher Spannungen unter dem Druck neoliberaler Reformen, wie Kürzungen staatlicher Budgets und drastische Verringerung der Angestelltenzahlen im öffentlichen Dienst, sehen sich Roma an manchen Orten direkten physischen Angriffen ausgesetzt. Nach Angaben des Innenministeriums wurden in 2013 und im Januar und Februar dieses Jahres dreiunddreissig Vorfälle gemeldet, davon sechzehn körperliche Angriffe auf Roma. Diese Zahl muss ins Verhältnis gesetzt werden mit den Resultaten einer Studie zu Roma und der Reform des Sicherheitssektors in Serbien, die zeigen, dass Romnja und Roma wenig Vertrauen in die Polizei haben. Wie dort zu lesen ist, „nehmen Roma das Innenministerium im allgemeinen neutral oder negativ wahr, mancherorts allerdings, wie zum Beispiel in Niš, betrachten sie die Polizei als Gefahr für die eigene Sicherheit, als korrumpiert und ineffektiv“. Besorgniserregend ist nach der genannten Studie, dass Roma, „auch wenn sie ungerechtem Verhalten ausgesetzt waren, keine Anzeige gegen die Polizei stellen und dass diejenigen, die ein neutrales Verhältnis zur Polizei haben, zur Einschätzung kommen dass die Polizei formell ihrer Pflicht nachkommt, später es aber nicht zu einer Lösung des konkreten Problems kommt“.

Aus diesen Ergebnissen kann man schließen, dass es eine unbekannte Anzahl von Vorfällen und körperlichen Angriffen auf Roma gibt, die der Polizei nie gemeldet wurden. Die Studie über Roma und die Reformen im Sicherheitssektor des Public Policy Research Centers liefert Indikatoren dafür, dass diese Zahl wesentlich höher ist als die Zahl der gemeldeten Vorfälle. Folglich gibt es für die Behauptung des Staatssekretärs des serbischen Innenministeriums Vladimir Božović anlässlich des Tags der Roma am 4. April 2014, dass Roma nicht in einem Maße Repression und Diskriminierung ausgesetzt seien, das sie zur Emigration in die Länder Westeuropas veranlassen könnte, keinen stichhaltigen Grund.

Die tatsächliche Gefährdung bestimmter Gruppen bezeugt die Anzahl anerkannter Asylanträge von Flüchtlingen aus den Ländern des westlichen Balkans in Deutschland, Belgien und der Schweiz. Wie die Organisation Pro Asyl aus Deutschland anführt, wurden im ersten Quartal 2013 105 Asylsuchende aus Serbien als schutzbedürftig registriert und bekamen Asyl gewährt. Die Gründe für die Probleme, mit denen die Roma-Bevölkerung in Bosnien-Herzegowina, Mazedonien und Serbien konfrontiert ist, liegen laut Pro Asyl in fortwährenden ethnischen Spannungen, Korruption in der Polizei

und in den ineffektiven Institutionen der Justiz, die politischer Manipulation ausgesetzt sind. Pro Asyl folgert daraus, dass diese Staaten nicht in der Lage sind, Angehörigen verfolgter Minderheiten Schutz zu gewähren.

Trotzdem werden sich Serbien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien demnächst auf der Liste der sicheren Staaten befinden, auch wenn die Verhandlungen im Bundesrat auf den 19. September verschoben sind. Die fremdenfeindliche Atmosphäre und der gegen Roma gerichtete Diskurs über sogenannte Scheinasylanten, den die deutsche Rechte nicht nur in Deutschland initiiert hat, sondern auch mit einer ähnlichen Kampagne in Serbien lanciert hat, hat seine Aufgabe erfolgreich erfüllt. Die deutsche und die serbische Regierung haben eine gemeinsame Sprache gefunden, wenn es darum geht, die Probleme der Angehörigen der schutzlosesten aber auch größten Minderheit Europas durch Exklusion und systematische Nichtachtung ihrer Rechte zu lösen.

Dieser Artikel von Rena Jeremić Rädle ist am 12. 07. 2014 erschienen auf dem Blog des Forums für angewandte Geschichte, Belgrad, siehe <http://www.fpi.rs/blog/srbija-naspisku-sigurnih-zemalja>. Übersetzung: Rena Jeremić Rädle

Quellen:

„Serbien, Mazedonien und Bosnien – sichere Herkunftsstaaten? Zusammenfassung des Rechtsgutachtens“, Pro Asyl, 2014,

http://www.proasyl.de/fileadmin/fm-dam/NEWS/2014/Zusammenfassung_des_Rechtsgutachtens.pdf

„Roma Women and Men and Security Sector Reform in the Republic of Serbia. How Roma Women and Men Perceive Their Own Security and the Functioning of Security Sector Institutions“, Public Policy Research Centre, Belgrade, 2014,

<http://publicpolicy.rs/publikacije/d8d89ad852091936d45460ddab672e49a0d87c45.pdf>

„Protecting Roma Against Discrimination“, Praxis, Belgrade, 2013

http://www.praxis.org.rs/images/praxis_downloads/Protecting_Roma_Against_Discrimination.pdf

„Serbia Roma Settlements Multiple Indicator Cluster Survey“ on the situation of children and women, 2014, Key Findings, Unicef, <http://www.unicef.org/serbia/MICS5-English-final.pdf>

http://www.alle-bleiben.info/wp-content/uploads/2014/03/serbien_2013_web.pdf

Große Koalition beschließt Verschärfung des Asylrechts

04/07/2014

In den letzten Wochen mehrten sich die Stimmen gegen die Einstufung von Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina als sichere Herkunftsstaaten. Es gab Proteste und Statements gegen das Vorhaben der Bundesregierung. Am 26. Juni kritisierten in einer öffentlichen Anhörung unter anderem Dr. Karin Waringo und Dr. Reinhard Marx die geplante Änderung. Jetzt beschließen SPD und CDU das Gesetz, Grüne und Linke lehnten die Neuregelung ab (3.7.14).

“Wie bekommt man einen verfassungsrechtlich höchst umstrittenen Gesetzentwurf, der von vielen Expertinnen und Experten vor kurzem in einer Anhörung verrissen wurde, durch den Bundestag, ohne sich dafür viel Kritik anhören zu müssen? Man setzt ihn möglichst kurzfristig auf die Tagesordnung – und möglichst dann, wenn die Medien mit anderen Themen beschäftigt sind.” schreibt Pro Asyl.

Nächste Woche muss das Gesetz durch den Bundesrat.

Die Einstufung als sichere Herkunftsstaaten führt zu einer pauschalen Ablehnung von Menschen, vor allem von Roma, die von direktem und strukturellen Rassismus betroffen sind – von Diskriminierung, die nicht selten existenz- und lebensgefährlich wirkt und die gesellschaftlichen Ausschluss bedeutet, ohne Perspektive. Angesichts dessen ist die Auffassung der Koalition, die Herkunftsländer müssten ihre Minderheiten selber schützen, gefährlich.

Was heißt sicher? Sicher sind Roma nirgendwo. Wir wissen nicht, woher die Bundesregierung ihre Informationen bezieht. Doch wir wissen, welche Informationen ignoriert werden. Und wir sind langsam müde, immer die gleichen Sachverhalte zu schildern.

Dass sich diese Gesetzesänderung vor allem gegen Roma richtet ist eine klare Absage an die Übernahme von historischer Verantwortung auf der einen Seite. Und sie fügt sich nur zu gut ein in die aktuellen Umfragewerte, in denen die Zustimmung zu Rassismus gegen Roma im Vergleich zu 2011 gestiegen ist.

Eine weitere Position, die Kommunen bräuchten Platz für »diejenigen, die wirklich verfolgt würden« – etwa syrische oder bald irakische Flüchtlinge – bedeutet Spaltung und Hierarchisierung von Fluchtgründen. Diese Logik lehnen wir ab.

Alle bleiben!